

Zur Grundproblematik des Kapitalismus

Von Dr. *Richard Behrendt*, Bern

«Denn im Busen des Menschen ist stets des unendlichen Haders
Quelle zu fließen geneigt, des ruhigsten Hauses Verderber.»

Goethe (Achilleis).

I.

Heutzutage gewinnt die Überzeugung beständig an Raum, dass die schwere Krise der Weltwirtschaft, die wir gegenwärtig erleben, wie die weit darüber hinaus reichende Fragwürdigkeit unserer sozialen Situation überhaupt (imperialistische Kriege, revolutionäre Bewegungen usw.) notwendige Folgeerscheinungen des Kapitalismus als Wirtschaftsverfassung seien. Man meint, der Kapitalismus gehe aus innerer Notwendigkeit zugrunde und in seinem Todeskampf erschüttere er das soziale und politische Gefüge der Welt. Dabei wird als eine Selbstverständlichkeit vorausgesetzt, dass dieses Wirtschaftssystem das öffentliche Leben zumindest der zivilisierten Völker massgebend bestimmt und dass insbesondere die Politik der Grossstaaten in den letzten Jahrzehnten von den Interessen der kapitalistischen «Wirtschaftsführer» — und damit den immanenten Erfordernissen des Kapitalismus — weitgehend beeinflusst sei.

So sprach der österreichische Historiker Friedjung eine heute durchaus vorherrschende Überzeugung aus, als er erklärte: «Das Grosskapital benötigt einen mächtigen Staat mit kräftiger Handelspolitik, der überall in der Welt zugreift, auch mit einer starken Kriegsflotte, um auch das Meer der Kapitalsvermehrung nutzbar zu machen ¹⁾.» Walter Rathenau erschien in der Vorkriegszeit «der Nationalismus unserer Zeit als eine Reaktion auf die ungleichmässige Verteilung der mechanistischen Vorteile» unter den Staaten ²⁾. Und Werner Sombart meinte noch 1928 behaupten zu können: «Die Wirtschaft, das heisst das Kapital, das heisst das Grosskapital, das heisst das Finanzkapital beherrscht die Welt und lässt unsere Staatsmänner wie Marionetten am Drahte tanzen ³⁾.»

Dem Kapitalismus wird so ein vollständiges Versagen nach zwei Richtungen hin zur Last gelegt: sowohl das Elend der gegenwärtigen wirtschaftlichen Ver-

¹⁾ Heinrich Friedjung, *Das Zeitalter des Imperialismus, 1884—1914*, 2. Band, S. 287, Berlin 1922.

²⁾ Walter Rathenau, *Zur Kritik der Zeit. Gesammelte Schriften*, Band I, S. 115, Berlin o. J.

³⁾ Werner Sombart in den *Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik 1928* in Zürich. Vgl. dessen «*Schriften*», Band 175, S. 30, München-Leipzig 1929.

hältnisse wie die furchtbare Unsicherheit der politischen Lage in den letzten Jahrzehnten werden ihm «zugerechnet». Beides ist falsch. Allzu oft äussert sich in derartigen Vorwürfen das Bedürfnis der Menschen, einen Tatbestand, unter dem sie leiden und der auf die verschiedensten komplizierten Ursachen zurückzuführen ist, einer vermeintlich einheitlichen Triebkraft zuzuschreiben. Damit gewinnt man ja die Möglichkeit, eine bestimmte Gruppe von «Schuldigen» anzuklagen und von deren Unschädlichmachung eine Besserung der Lage zu erwarten — oder doch zu verheissen.

Es kann zunächst für eine unvoreingenommene Besinnung keinem Zweifel unterliegen, dass die Lage der grossen Mehrzahl der Menschen — und insbesondere der handarbeitenden Massen — sich im «Zeitalter des Kapitalismus» materiell in einer Weise gebessert hat, wie es vorher niemals denkbar gewesen war. Trotzdem dieses Wirtschaftssystem die Anzahl der gleichzeitig lebenden Menschen in ungeahntem Masse anwachsen liess (in Deutschland verdreifachte sich die Bevölkerung ungefähr im Jahrhundert vor Ausbruch des Weltkrieges, in der Schweiz verdoppelte sie sich etwa), gestattete es dennoch eine stetig wachsende Erhöhung des Lebenshaltungsniveaus. In England stieg der Index der Reallöhne von 45 im Jahre 1830 auf 100 im Jahre 1900 (1870, also kurz nach Erscheinen des ersten Bandes des Marxschen «Kapital», betrug er erst 55) ¹⁾. In Deutschland konsumierte jeder Einwohner durchschnittlich an Fleisch im Jahre 1816: 13,6 kg, im Jahre 1879: 29,5 kg, im Jahre 1913 aber 52,2 kg ²⁾. «Die Marxsche Verelendungsprognose ist unzutreffend und mit keiner Dialektik zu halten ³⁾.» Adolf Weber meint, «dass wohl niemals das Problem der Armut der Lösung so nahe gebracht war, wie in unseren Kulturländern während der Zeit von 1910 bis 1914 ⁴⁾», und er geht so weit, zu behaupten: «Weder die Erfahrung noch die theoretische Überlegung geben uns auch nur den mindesten Anhalt dafür, dass sich eine Wirtschaftsordnung denken lässt, in der besser und nachhaltiger für Steigerung des Realeinkommens der Arbeitenden in der Gesellschaft gesorgt werden kann, als das in der gegenwärtigen kapitalistischen Verkehrswirtschaft möglich ist ⁵⁾.»

Damit soll selbstverständlich in keiner Weise geleugnet werden, dass der kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialverfassung empfindliche Mängel und Schwächen notwendig anhaften. Trotz dieses Vorbehaltes werden heute vielen die angeführten Äusserungen unverstänlich erscheinen gegenüber der Zerrüttung des Wirtschaftslebens, die wir gegenwärtig über uns ergehen lassen. Es wird deshalb zu prüfen sein, ob und wie weit der Kapitalismus dafür verantwortlich zu machen ist.

¹⁾ F. Sternberg, *Der Imperialismus*, S. 438, Berlin 1926.

²⁾ «Volk und Raum». Sammelschrift, herausgegeben von W. Sombart, S. 33, Hamburg 1928.

³⁾ Götz Briefs, *Das gewerbliche Proletariat. Grundriss der Sozialökonomik*, IX. Abt., 1. Teil, S. 211 f., Tübingen 1926.

⁴⁾ Adolf Weber, *Wirtschaft und Politik*, S. 7, München 1925.

⁵⁾ Adolf Weber, *Grundlagen und Grenzen der Sozialpolitik. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Königsberg*, 1930.

II.

Die Entwicklung des Kapitalismus ist von Anfang an durch ein widerspruchsvolles Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft gekennzeichnet. Sombart bezeichnet es als eine der wichtigen Erkenntnisse seines Werkes, «dass das moderne Wirtschaftsleben zu einem guten Teile sein Dasein der rücksichtslosen Durchsetzung des modernen Staatsinteresses verdankt und dass es grundverkehrt ist, den modernen Kapitalismus aus bloss chrematistischen Ursachen ableiten zu wollen¹⁾». Zweifellos ist dieser Hinweis berechtigt. Andererseits betont aber Sombart selbst, dass die ausserwirtschaftlich bedingten zahllosen Kriege im Zeitalter des Absolutismus schuld sind an dem «häufigen Reissen des Entwicklungsfadens» und dass in ihnen «ein wesentliches Hemmnis für die Entfaltung des gesamteuropäischen Kapitalismus... erblickt werden muss»²⁾. Dagegen haben sich gerade in kleinen, politisch schwachen Staaten die kapitalistischen Energien besonders stark und weit ausleben können, so in der Schweiz, in den Niederlanden, aber auch in deutschen Einzelstaaten³⁾. So scheint nicht nur unter wirtschaftstheoretischem, sondern auch unter entwicklungsgeschichtlichem Gesichtspunkt die These berechtigt, dass der moderne Kapitalismus zu seiner endgültigen Entfaltung auf die Emanzipation von machtstaatlichen Zielsetzungen und Einflüssen angewiesen war — und dass demzufolge diese Entfaltung auch erst dann und nur solange vor sich gehen konnte, als diese Vorbedingung im 19. Jahrhundert in gewissen massgebenden Gebieten wenigstens einigermassen erfüllt war.

Denn das kapitalistische Wirtschaftssystem birgt in sich die Tendenz, die staatlichen Grenzen zu negieren und ohne Rücksicht auf die staatlichen Ansprüche nach den Grundsätzen der wirtschaftlich optimalen Verteilung der Standorte Wirtschaftskreise (nach der treffenden Terminologie Hans Ritschls)⁴⁾ zu bilden. Es ist ja das Kennzeichen der letzten eineinhalb Jahrhunderte, dass diese Wirtschaftskreise unhemmbar über die Staatsgebiete, auch die grössten, hinausgewachsen und zuletzt in eine einheitliche Weltwirtschaft eingemündet waren. Dabei hatte es sich um eine nicht nur den Prinzipien des Nationalstaates, sondern allen machtstaatlich-politischen Zielsetzungen gegenüber überhaupt gleichgültige, ja diesen oft genug zuwiderlaufende Entwicklung gehandelt.

Gewiss: auch diese Entwicklung zur Weltwirtschaft hin war in manchen Phasen politisch gefördert und durch die Machtmittel einzelner Grossstaaten zuweilen gewaltsam gestützt — denken wir nur an Kolonialpolitik und Imperialismus. Aber einmal lässt sich die Entfaltung zur Weltwirtschaft keineswegs auch nur annähernd zurückführen auf jene politischen Gewaltmassnahmen. Auch Kleinstaaten ohne alle militärischen Machtmittel, ja ohne positive aussenpolitische

¹⁾ W. Sombart, *Der moderne Kapitalismus*, II. Band, S. 847, München-Leipzig 1928.

²⁾ Ebendort, S. 1122.

³⁾ Vgl. z. B. Sombart, *Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert*, S. 136 f., Berlin, 1903.

⁴⁾ H. Ritschl, *Zur Theorie der staatswirtschaftlichen Entwicklungsstufen*. In: *Beiträge zur Finanzwissenschaft*, Festgabe für G. v. Schanz, S. 369 ff., Tübingen 1928; sowie: *Gestaltungsformen und Entwicklungsstufen der Staatswirtschaft*. *Schmollers Jahrbuch*, 49. Jahrgang, S. 895 ff, 1925.

Ziele haben, sofern sie nur auf der jeweils höchsten wirtschaftlichen Entwicklungsstufe standen, in mindestens dem gleichen Masse wie die imperialistischen Grossmächte an jener weltwirtschaftlichen Prosperität teilgenommen: sehen wir dabei nur in erster Linie natürlich auf die Schweiz ¹⁾, auf die skandinavischen Länder und Holland. Sodann war jene imperialistische Kolonialpolitik nur eine vorübergehende, nicht nur auf gewisse einzelne Mächte, sondern auch auf einen bestimmten Zeitraum beschränkte Erscheinung ²⁾. Man kann wohl schon heute sagen, dass sie im wesentlichen — d. h. soweit ihre Träger europäische und angelsächsische Mächte sind — abgeschlossen ist. Schliesslich aber folgt sie keineswegs irgendwie notwendig aus dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung, und diese ist nicht etwa auf jene Methode der Expansion angewiesen ³⁾. Im Gegenteil: Der Kapitalismus ist dadurch gekennzeichnet, dass er auf Grund der rationellsten Verteilung der Produktionsfaktoren der Natur, der Arbeit und des Kapitals alle Erzeugung dort vor sich gehen lässt, wo sie vergleichsweise am billigsten zu leisten ist. Aus diesem seinem Grundgesetz folgt die weitestgehende vorbehaltlose Arbeitsteilung zwischen allen Wirtschaftsgebieten der Erde. Damit ist gesagt: Die menschlichen Arbeitskräfte sowohl wie die Kapitalien müssen jederzeit in der Lage und bereit sein, ihre Tätigkeit auf die jeweils günstigsten Betätigungsorte zu konzentrieren und daher sich auf der Oberfläche der Erde nach den Erfordernissen stets wechselnder Situationen zu verschieben. Unbedingte rechtliche und politische Sicherheit ist dafür selbstverständliche Voraussetzung. Jegliche rein politisch-kriegerischen Auseinandersetzungen, die aus den Tendenzen des spezifisch machtstaatlichen Wesens hervorgehen, bedrohen aber diese Voraussetzung und damit die Lebensfähigkeit des ganzen Wirtschaftssystems überhaupt. Infolgedessen ergibt sich aus der im Hochkapitalismus erreichten finanziellen und kommerziellen Verknüpfung aller Wirtschaftsgebiete miteinander allerstärkstes Interesse am Frieden ⁴⁾. Zudem können solche gewaltsamen Auseinandersetzungen — auf weitere Sicht gesehen, wie es hier erforderlich ist — im Rahmen dieser Weltwirtschaft stets nur stören und zerstören, keine wirklichen Wirtschaftswerte mehr vermitteln.

¹⁾ Dies nachzuweisen ist die Aufgabe meiner Basler Dissertation «Die Schweiz und der Imperialismus». Buchausgabe Zürich-Leipzig-Stuttgart 1932.

²⁾ Schon beim Ende der Kreuzzüge «zeigte sich, wie der als der jüngere Bruder des Krieges zuerst entstandene Handel, der dann das Kriegswesen auf Grund seiner Prinzipien umgestaltet und sich der kriegerischen Mittel zu seiner Entfaltung häufig bedient hat, auf einer gewissen Entwicklungsstufe angelangt, zu solcher internationalen Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen der Völker führt, dass an die Stelle des Krieges friedliche Beziehungen unter den sich bis dahin Befehdenden treten». Lujo Brentano, Die Anfänge des modernen Kapitalismus. In: Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte, S. 258, Leipzig 1923.

³⁾ Wie einige neumarxistische Theoretiker behaupten. So besonders Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Gesammelte Werke, Band 6, Berlin 1923. F. Sternberg, Der Imperialismus, a. a. O. Auch R. Hilferding, Das Finanzkapital, 4. Aufl., Wien 1927.

⁴⁾ Diese Tatsache ist sogar von marxistischen Theoretikern im Widerspruch zu ihren sonstigen Auffassungen notgedrungen anerkannt worden. Vgl. z. B. Hilferding, a. a. O., S. 422 ff. Auch Friedjung erklärt trotz seiner vorhin zitierten Auffassung: «Die Behauptung, das Kapital als solches hätte das Reich in den Imperialismus und den Weltkrieg hineingetrieben, kann nicht aufrechterhalten werden» (a. a. O., II, S. 311).

Die von Schmoller behauptete Regel: «Zu allen Zeiten sind politische Macht und wirtschaftlicher Wohlstand in der Geschichte gerne als Geschwister aufgetreten», wird jedenfalls vom Kapitalismus entschieden durchbrochen. Eine unvoreingenommene Betrachtung der Realität — die in diesem knappen Rahmen allerdings nicht einmal andeutungsweise vorgenommen werden kann ¹⁾ — erweist vielmehr folgendes: Politische Aktionen, seien sie selbst angeblich wirtschaftlich veranlasst, kommen richtig, d. h. rational verstandenen wirtschaftlichen Interessen gar nicht zugute. Vielmehr sind, im ganzen gesehen, wirtschaftliche Erfolge in überraschendem Masse unabhängig von der politisch-militärischen Machtstellung der Staaten der jeweiligen einzelnen Wirtschaftler. Nicht positiv, sondern viel eher negativ ist in der Gegenwart die Bedeutung derartiger Machtmittel für wirtschaftliche Prosperität. Unter den gegenüber allen früheren Voraussetzungen gewandelten Verhältnissen des entfalteten Kapitalismus ist gewaltsame Kolonialpolitik alten Stiles wirtschaftlich ebensowenig mehr gerechtfertigt wie Kriegführung zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile. Vielmehr umgekehrt: Alle derartigen Unternehmungen zur Sicherung der «ungehinderten Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen» sind letztlich lediglich auf den Kriegsfall abgestellt und nur unter diesem Gesichtspunkt sinnvoll. Es werden hier also angeblich wirtschaftliche Argumente als Deckung für krass antiwirtschaftliche Situationen missbraucht. Ganz ähnlich steht es mit dem oft gehörten Einwand, dass doch auch sehr starke kapitalistische Mächte an Gewaltpolitik und Kriegen interessiert seien, in erster Linie die Rüstungsindustrie. Nun produziert der kapitalistische Unternehmer alles, was in genügender Stärke auf dem Markte nachgefragt wird, ohne Rücksicht auf dessen sittlichen, weltanschaulichen oder politischen «Wert». Die Nachfrage nach Waffen ging von Staate aus. Selbstverständlich bemächtigte sich die Unternehmerinitiative dieser Erwerbsmöglichkeit ganz ebenso wie jeder anderen und gestaltete sie nach Kräften aus. Und natürlich liegen Rüstungen, wenn nicht Kriege nun im Interesse bestimmter, immerhin durchaus beschränkter Kapitalistenkreise. Aber daraus auf ein dem Kapitalismus immanentes Streben nach Kriegen usw. zu schliessen, wäre absurd.

Aus all dem folgt: Der Kapitalismus verlangt aus seinem Wesen heraus zu seinem einwandfreien Funktionieren — ebenso, wie er innenpolitisch möglichst unbehelligt von staatlichen Eingriffen bleiben will — aussenpolitisch Ausschaltung aller spezifisch machtstaatlich bedingten Konflikte, kurz, Rationalisierung der Weltpolitik durch internationale Rechtsprechung, Verbände und Institutionen, mit dem Ziele einer befriedeten Weltwirtschaft; eine Haltung, die gekennzeichnet ist durch den Primat wirtschaftlich-rationalen Kalküls vor politisch-irrationalen Gefühlen. «Was kriegerische Energie war, wäre in einer rein kapitalistischen Welt Arbeitsenergie aller Art... Eine rein kapitalistische Welt könnte daher

¹⁾ Ich muss dazu verweisen auf meine Abhandlungen «Wirtschaft und Politik im Kapitalismus» in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 57. Jahrgang, Hefte 2 und 3, 1933. — Auf die oben angedeuteten Zusammenhänge hat übrigens bereits Norman Angell 1910 in seinem Buch «Die grosse Täuschung. Eine Studie über das Verhältnis zwischen Militärmacht und Wohlstand der Völker» aufmerksam gemacht.

kein Nährboden für imperialistische Impulse sein. Ihre Menschen müssten essenziell unkriegerisch disponiert sein ¹⁾.»

Die geschichtliche Erfahrung bestätigt diese zunächst theoretisch gewonnene Einsicht. Die Zeit des Hochkapitalismus von etwa 1871 bis 1914 wird bezeichnenderweise gerade von einem hemmungslosen Verehrer kriegerischen Heldentums, von Oswald Spengler, bezeichnet als «der unwahrscheinliche Friede, ... ein unwahrscheinlicher Zustand von Ruhe, Sicherheit, dass man in allen Jahrhunderten vergebens nach etwas Ähnlichem sucht... Dergleichen wird nie wiederkommen ²⁾.» Und es ist kein Zufall, dass ein Jeremias Bentham, der typische Liberale und Wegbereiter des Kapitalismus, zugleich unter den grossen Namen des Pazifismus und der Vorkämpfer der internationalen Rechtsorganisationen genannt werden kann ³⁾. Schliesslich kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Politik derjenigen europäischen Länder (auch der Grossstaaten), in denen die kapitalistischen Interessen sich massgebend politisch durchzusetzen vermochten (und solange dies der Fall war), kriegerischen Experimenten durchaus abhold waren und sind. Ein interessantes Zeugnis dieser Mentalität ist z. B. die (durchaus aufrichtige) Aussage des Präsidenten der Französischen Republik, Jules Grévy, im Jahre 1880: «Das französische Volk... hat sich von seiner ehemaligen Passion für den nichtigen Ruhm der Waffen, den selbst der Sieger zu teuer zu bezahlen hatte, abgewandt, um sich friedlichen Geschäften zu widmen, von denen jeder profitieren kann... Wir sind ein Erwerbs- und Geschäftsvolk ersten Ranges geworden... Die Franzosen erkennen langsam, dass es, im Grunde genommen, doch nicht besonders wichtig ist, ob Elsass und Lothringen durch einen französischen oder einen deutschen Präfekten verwaltet werden. Was wesentlich wichtiger ist für unsere Interessen, das sind unsere Handels- und Industriebeziehungen mit diesem Lande wie mit unseren Nachbarn überhaupt ⁴⁾.»

¹⁾ Joseph Schumpeter, Zur Soziologie der Imperialismen, S. 53, Tübingen 1919.

²⁾ Oswald Spengler, Jahre der Entscheidung. I. Teil: Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung, S. 123, 10, München 1933.

³⁾ «Überlegung hat mich von der Wahrheit folgender Sätze überzeugt: dass es nicht im Interesse Grossbritanniens liegt, I. irgendwelche auswärtigen Besitzungen welcher Art immer zu haben, II. irgendeinen Bündnisvertrag mit irgendeiner anderen Macht zu haben, sei es offensiv oder defensiv, III. irgendeinen Vertrag mit irgendeiner Macht zu haben zu dem Zwecke, irgendeinen Vorteil in bezug auf den Handel zu besitzen unter Ausschluss welcher anderen Nation immer, IV. eine Seemacht zu unterhalten über das Mass dessen, was genügend ist, um seinen Handel gegen Seeräuber zu schützen, V. irgendwelche Veranstaltungen aufrechtzuerhalten als entfernte Vorbereitung der Vermehrung oder Erhaltung seiner Seemacht, wie z. B. die Navigationsakte, Prämien für den grönländischen und anderen Handel, der als Pflanzstätte für Seeleute gilt — und dass alle diese Sätze auch für Frankreich gelten.» «Derart ist die äusserste Tollheit, der Wahnsinn des Krieges: unter keiner Voraussetzung kann er anders als unheilvoll sein.» Jeremias Bentham, Principles of international law, 1786—1789. Deutsche Ausgabe, S. 97 f., 113, Halle 1915.

⁴⁾ Zitiert bei Walter Frank, Nationalismus und Demokratie im Frankreich der Dritten Republik, S. 99, Hamburg 1933. — Der russische Grossfürst Konstantin, zu dem diese Worte gesprochen wurden, fügt hinzu, dass «sie im Munde eines Präsidenten der Schweizer Republik am Platze gewesen wären.»

III.

Und doch scheint die Wirklichkeit der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart zu so ganz anderen Schlüssen zu nötigen. Besinnen wir uns darauf, ob diese Wirklichkeit denn tatsächlich — wie heute so überwiegend behauptet wird — durch die echten Erfordernisse des Kapitalismus geformt worden ist. Ich meine, dass die Antwort darauf nur verneinend lauten kann. Die Menschen machen so gern Ideen und Systeme für ihr eigenes Versagen verantwortlich — so Liberalismus und Kapitalismus für das heutige Chaos der Politik und Weltwirtschaft. Dabei beachten sie nicht, dass «es in der Mittelmässigkeit der meisten Menschen liegt, wenig Folgerungen aus den Grundsätzen zu ziehen, die man ihnen einprägt» (Anatole France). Sie haben die Ideen gar nicht verwirklicht, sondern verwässert und verfälscht. Die theoretische Konzeption, wie sie eben knapp angedeutet wurde, ist tatsächlich bisher stets nur vorübergehend und auf verhältnismässig beschränkten Gebieten in soziale und geschichtliche Wirklichkeit umgesetzt worden. Gerade diese Epoche des sogenannten Hochkapitalismus hat in fast jeder ihrer Phasen — entgegen der materialistischen Geschichtsauffassung — drastisch erwiesen, dass nicht nur Wirtschaft und Politik in Zielsetzung und Methode sich grundlegend voneinander unterscheiden können, sondern auch, dass sich immer wieder die politische Zielsetzung gegenüber der wirtschaftlichen als die stärkere erwiesen und durchgesetzt hat. Wirtschaftliche Vernunft und politische Tat weisen immer wieder in entgegengesetzte Richtungen.

Aus diesem Grunde hatte der Kapitalismus niemals wahrhaft Gelegenheit, zu beweisen, was er materiell wirklich zu leisten instande sei. Eine annähernde und zeitweilige Verwirklichung haben die Erfordernisse des kapitalistischen Systems in Gestalt der ungehinderten und staatlich unbeeinflussten internationalen Arbeitsteilung lediglich in Westeuropa, einschliesslich der Schweiz, und in Skandinavien erfahren. Ihren Niederschlag fand sie in dem von Cobden abgeschlossenen Handelsvertrag von 1860 zwischen England und Frankreich¹⁾ und in dem um Frankreich zentrierten, auf der Meistbegünstigung aufgebauten westeuropäischen Handelsvertragssystem. In der Schweiz hatte — angesichts der bereits damals bestehenden Bedeutung ihrer Exportinteressen — schon das erste einheitliche Zollgesetz von 1851 einen ausgesprochen freihändlerischen Charakter²⁾.

¹⁾ Es ist ein unbegründeter Vorwurf — der seit Fr. List immer wieder von nationalistischen Protektionisten auf dem Kontinent erhoben wird —, dass der englische Freihandel von politischen Machtbestrebungen getragen gewesen sei. Indem England seine Landwirtschaft dem Freihandelsprinzip opferte, ging es selbst auf diesem Wege voran — und erntete auch zuerst und nachdrücklich dessen Früchte. Und man kann auch nicht gerade behaupten, dass Länder, die diesem Beispiel früh folgten — wie die Schweiz —, zu Vasallen Englands geworden und den Wohltaten des «Manufaktur-Handelsstaates» verlustig gegangen wären.

²⁾ Damals liess Bastiat, «der Rhapsode des Freihandels», die französischen Schutzzöllner zu ihrem Minister sagen: «Die Schweiz ist frei, und sie scheint in die Mitte Europas hingestellt zu sein wie das Licht auf den Leuchter, ganz ausdrücklich, um uns in Verlegenheit zu bringen. Denn wenn wir sagen: die Freiheit hat die Folge, den Ackerbau, den Handel und die Industrie zugrunde zu richten, so unterlässt man nicht, uns die Schweiz zu zeigen. Im Augenblick wissen wir nicht zu antworten. Gottlob, „La Presse“ hat uns aus der Not geholfen, indem sie uns das kostbare Argument lieferte: Die Schweiz wird nicht überschwemmt, weil sie klein ist.» («Ce qu'on voit et ce qu'on ne voit pas.» Deutsch in «Kleine Schriften», S. 141, Leipzig 1853.)

Es ist nun bezeichnend, dass schon im Jahre 1879 dieser Zustand der weitgehend verwirklichten Arbeitsteilung abgelöst wurde durch die neuerliche Proklamierung des schutzzöllnerischen Protektionismus durch das Deutsche Reich unter Bismarck. Dieser «Rückfall» des damals mächtigsten Staates Europas in ein scheinbar längst überwundenes Stadium der Entwicklung hat nicht nur symbolisch, sondern auch tatsächlich die Epoche der Verfälschung des Kapitalismus durch die Machtstaatspolitik eröffnet. Schmoller erkannte seine Bedeutung, als er ihn mit den Worten kennzeichnete: «Da trieb das untilgbare Gefühl des staatlichen Egoismus zu neuer Machtbenützung.»

Kapitalismus — und das heisst hier auch immer: ausgesprochen wirtschaftliches Denken — hat sich in Deutschland nie auch nur entfernt so intensiv und für eine so bedeutsame Zeitspanne durchsetzen können wie in Westeuropa, in Skandinavien und in Nordamerika. In diesen Ländern hatte sich im Liberalismus das gehobene Bürgertum als Vollstrecker der wirtschaftlichen Erfordernisse durchzusetzen vermocht; es hatte die anderen, «vorkapitalistischen» Schichten sich in Lebensformen und Anschauungen weitgehend (wenn auch keineswegs endgültig) assimiliert; es war ihm sogar gelungen, die «nachkapitalistische» Klasse, das Industrieproletariat, mit «bourgeoisem» Lebensgefühl zu durchsetzen — und so wenigstens eine Zeitlang zum massgebenden Faktor auch im politischen Bereich zu werden.

In Deutschland dagegen bestand von Anfang an ein schroffer Gegensatz zwischen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten des kapitalistischen Systems und dem gesellschaftlichen und politischen Status, in den es eingespannt war und blieb. Ausgesprochen wirtschaftsfremde und damit notwendig antikapitalistische Mächte, nämlich Feudalität und Bürokratie, blieben in der politischen wie in der gesellschaftlichen Sphäre unbedingt massgebend und übten auf die Erziehung, auf die öffentliche Meinung und damit auf die Gestaltung des privaten sowohl wie des öffentlichen Lebens bestimmenden Einfluss aus. Vollends die Führung der Aussenpolitik war ihnen — zuerst in der Gestalt des «eisernen Kanzlers», sodann in der des faktisch fast unumschränkten Kaisers — beinahe gänzlich überantwortet. Nie hat Deutschland — wie alle seine Nachbarn im Westen und Süden — einen revolutionären Liberalismus erlebt, der seine Grundsätze der staats- und wirtschaftspolitischen Neuordnung zum Siege getragen hätte. Statt dessen verordnete eine massvoll-liberale Bürokratie in den Formen der unfehlbaren Obrigkeit von oben her gewisse Reformen. Und 1918 war es — ganz abgesehen von den konkreten Störungsmomenten — bereits zu spät für die Bildung einer starken liberal-bürgerlichen Mitte: die Entwicklung war schon in die antikapitalistisch gestimmte Massendemokratie eingemündet.

«Die ausgebildete herrschende Klasse der Gesellschaft muss die Staatsgewalt sich aneignen... Die Güter, durch deren Besitz sie eben die herrschende gesellschaftliche Klasse ist, sind der Art, dass sie den Menschen zur Ergreifung der Staatsgewalt befähigen», sagt Lorenz v. Stein ¹⁾. Wir müssen hinzu-

¹⁾ Lorenz v. Stein, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich. Neuausgabe, 3. Band, S. 94, München 1921.

fügen: Die Erfahrung zeigt, dass diese Güter keineswegs wirtschaftliche zu sein brauchen — ein grundsätzlicher Einwand gegen die materialistische Geschichtsauffassung.

So kam es, dass in Deutschland ein empfindlicher und bedeutungsvoller Zwiespalt zwischen wirtschaftlicher Entwicklungstendenz und staatlich-gesellschaftlicher Organisation klappte, der es verhinderte, dass die erstere sich mit der Entschiedenheit durchsetzte, die erforderlich gewesen wäre, um ihre Früchte unverfälscht und unbeschränkt reifen zu lassen. Man mag diesen Tatbestand als solchen weltanschaulich werten, wie man will — es folgt daraus zwingend: Es hat in Deutschland «Kapitalismus» lediglich als eine technische Methode der Produktionsgestaltung, nicht aber im Sinne einer umfassenden Prägung der ökonomischen und sozialen Struktur gegeben. Man kann diesen Sachverhalt in seiner Auswirkung auf die Gestaltung der jüngsten Vergangenheit und auch der Gegenwart weit über Deutschland hinaus kaum überschätzen. Es sei deshalb gestattet, ihn in seinen hauptsächlichsten Erscheinungen noch wenigstens flüchtig anzudeuten.

IV.

Zunächst blieb die Landwirtschaft ein vorkapitalistisches Element. Sie ist seit über einem halben Jahrhundert die Zelle, von der aus sich die politischen Eingriffe über die ganze Volkswirtschaft verbreitet haben. Ihre künstliche Erhaltung wurde von jeher bis heute — sofern man von dem unhaltbaren Argument des «Binnenmarktes» absieht — mit gefühlsmässigen, insbesondere politischen Überlegungen begründet. Der Wert des Bauerntums als militärisches Material und als konservatives Element wurde stets als ausschlaggebend bezeichnet ¹⁾, wobei man allerdings übersah oder verschwieg, dass beides für das besonders bevorzugte ostelbische Grossagrariertum, welches vielmehr das flache Land veröden liess, den polnischen Wanderarbeiter beschäftigte und dadurch gerade nationalpolitisch verhängnisvoll wirkte, nicht zutraf ²⁾. Der Bismarcksche Protektionismus setzte in dem Augenblick ein, als der Getreidebau des Grossgrundbesitzes durch die Möglichkeit überseeischer und südeuropäischer Importe bedroht erschien. Noch drei Jahre vor der entscheidenden Wendung hatte Bismarck (in seiner Reichstagsrede vom 22. November 1875) ein rückhaltloses Bekenntnis zum reinen Finanzzollsystem abgelegt. Die deutsche Grosslandwirt-

¹⁾ «Dass jede Schwächung der Landwirtschaft eine Schwächung unserer Wehrfähigkeit, eine Verminderung unserer nationalen Macht und Sicherheit bedeutet... Es wird der Landwirtschaft in Zukunft noch mehr, als es schon der Fall ist, die Aufgabe zufallen, Erwerb und Eigentum im Deutschen Reiche zu schützen.» Fürst Bülow, Deutsche Politik. In: Deutschland unter Kaiser Wilhelm II, I. Band, S. 105, Berlin 1914.

²⁾ Darauf wies Max Weber schon 1895 in seiner Antrittsrede hin: «Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik.» Jetzt in: Gesammelte Politische Schriften. München 1921. — Diese interventionistische Agrarpolitik kann deshalb in keiner Weise in Parallele gesetzt werden zu der der Schweiz, bei welcher es sich um Erhaltung eines breiten, sozial in sich ausgeglichenen Mittel- und Kleinbauerntums handelt, das «der eigentliche Träger dieser konservativen Demokratie» ist, wie J. Landmann in einer meisterhaften Studie ausgeführt hat. («Die Agrarpolitik des schweizerischen Industriestaates», S. 21 ff., 37 f., Jena 1928.)

schaft selbst war bis dahin, besonders solange sie nach England exportieren konnte, eine Hauptstütze der Freihandelspolitik gewesen. Auf ihr Drängen war 1873 der Roheisenzoll beseitigt worden. Wie schnell und mühelos man Ideologien wechseln kann, dafür bietet etwa die Jungfernrede des Abgeordneten v. Thadden im deutschen Zollparlament ein schönes Beispiel: «Ich habe gesagt, konservativ bin ich und deshalb Freihändler; denn ich bin der Meinung, dass ein jeder Schutzzoll ein Eingriff ist in die natürlichen Preise und also in das Eigentumsrecht, und hasse um so aufrichtiger diese Rechtsverletzung, als ich der ackerbautreibenden Bevölkerung angehöre ¹⁾.»

Gewiss war also diese Umstellung auf den Agrarprotektionismus im Jahre 1879 wirtschaftlich begründet in den Interessen eines bestimmten, allerdings relativ kleinen Kreises von Wirtschaftlern. Jedoch wäre es diesen partikularen Interessen unmöglich gewesen, sich entgegen den Interessen der grossen Mehrheit in dieser Weise Geltung zu verschaffen, wenn ihnen nicht die Staatsleitung aus rein politischen Gründen entgegengekommen wäre. Bismarck war darauf angewiesen, sich mit diesen Schutzzöllen die Unterstützung der Konservativen und des Zentrums gegen die Liberalen im Reichstag zu erkaufen. Zudem wollte er sich durch die zu erwartenden Zolleinnahmen wenigstens teilweise von dem ihm unbequemen Steuerbewilligungsrecht des Parlaments unabhängig machen ²⁾.

Im weiteren Verlauf der deutschen Geschichte sollte sich nun der Agrarprotektionismus als der Punkt erweisen, an dem alle etatistischen Bestrebungen den Hebel ansetzten. Der Bruch mit der von Bismarck inaugurierten Politik durch seinen Nachfolger Caprivi konnte nur noch ein Intermezzo sein. Schon Bülow wurde durch das Drängen der inzwischen zu einem politisch mächtigen Block organisierten feudal-agrarischen Interessen zur Rückkehr zum Agrarschutz im Handelsvertragssystem von 1905 gezwungen. Aber hier schon zeigte sich die eigentlich verhängnisvolle Folge dieser Politik: die notwendige Entwicklung zum Solidarschutz (der, in Parenthese gesagt, heute erreicht ist). Nachdem die Staatsgewalt einer bestimmten Gruppe von Interessenten einseitig künstliche Unterstützungen auf die Dauer gewährt und dadurch infolge der Verteuerung der Lebenshaltungskosten im Lande die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrien gemindert hatte, glaubten sich nunmehr auch die industriellen Interessenten berechtigt, als Gegenwert Schutzzölle zu verlangen — ein tragikomischer Zirkel, der in seiner Unausweichbarkeit bereits die Fälschung kapitalistischer Wirt-

¹⁾ Zitiert bei G. Briefs, Das neue soziale und wirtschaftliche Werden. Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, 25. Band, Nr. 2, S. 218, 1932. — Die «Kreuzzeitung», zu deren Mitarbeitern damals Bismarck gehörte, schrieb 1850, es sei «ein menschliches Machwerk, welches durch Schutzzölle das Genie ersetzen und die Weltordnung verrücken will». Dagegen sei der freie Austausch «wie ein Gottesdienst». Zitiert bei W. Sulzbach, Die Grundlagen der politischen Parteibildung, S. 40, Tübingen 1921.

²⁾ Vgl. L. Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 5. Aufl., S. 86 ff., Mannheim 1928. — B. Harms, Die Zukunft der deutschen Handelspolitik, 1. Bd., S. 3 f., Jena 1925.

Bismarcks Wirtschaftspolitik war ja von jeher durch seine jeweiligen allgemein-politischen Ziele bestimmt worden. So war er vor 1866 Freihändler, um Österreich vom Deutschen Zollverein fernzuhalten.

schaftsbedingungen umschliesst. Von hier datiert die für Deutschland gleichfalls bezeichnende und verhängnisvolle Allianz zwischen ostelbischer Grosslandwirtschaft und vorzugsweise rheinisch-westfälischer Schwerindustrie — ein Bündnis zur gegenseitigen Ausschaltung unbequemer Absatzbedingungen und damit zur Beseitigung des freien Marktes im Inland.

Erst durch diese Absperrung der Weltmarktkonkurrenz wurde die Kartellierung und Syndizierung der deutschen Industrie mit ihrer schroffen Manipulierung der Preise möglich. Es ist aufschlussreich, dass seit der Krise der 70er Jahre «die Kartelle wohl in keinem anderen Lande in gleichem Masse blühten wie in Deutschland ¹⁾» — und wohl auch in den erziehungszöllnerischen Vereinigten Staaten — und dass in der Vorkriegszeit umgekehrt die freihändlerischen Länder — wie England und die Schweiz — am wenigsten Kartelle und Trusts aufwiesen, die zudem auf den Inlandsmarkt beschränkt waren ²⁾.

Es ist keine Frage, dass diese Politik strikte gegen die Interessen der grossen Mehrzahl, d. h. der Konsumenten, gerichtet war. Sie beruhte geradezu auf einer Umkehrung des liberalen Wirtschaftsprinzips, strebte sie doch — zugespitzt gesagt — das grösste Wohl der kleinsten Zahl an. Die grossen Verbände regulieren das Angebot und die Preise und belasten mit den Verlusten und den zusätzlichen Gewinnen die Konsumenten und die noch in freier Konkurrenz stehenden Wirtschaftler.

Man wird sich fragen, ob eine derartige Politik nicht dermassen unpopulär sein müsste, dass ihre Aufrechterhaltung und gar Verschärfung in einem Lande des allgemeinen Wahlrechts auf die Dauer unmöglich werden musste. Mussten sich nicht die doch offensichtlichen Interessen der grossen Mehrzahl — zu der ja auch alle Angehörige der verarbeitenden und der ausgesprochenen Exportindustrien und der Kleinlandwirtschaft gehörten — ihr gegenüber durchsetzen? Aus verschiedenen Gründen war das nicht so.

Zunächst lag die Hinwendung zum Staatsschutz den Deutschen von jeher an sich schon nahe und konnte nicht entfernt auf derartige Widerstände stossen wie in Ländern, die einen lebendigen und eigenwüchsigen Liberalismus hervorgebracht hatten. Systematisch und grundsätzlich entspricht dem Kapitalismus als Wirtschaftsverfahren zwar zweifellos der Liberalismus als Prinzip politischer und gesellschaftlicher Organisation. Damit ist aber noch keineswegs die Gewähr gegeben, dass alle in den Kapitalismus eingespannten Existenzen — oder auch nur die aktiv kapitalistisch wirtschaftenden Unternehmer — in Gesinnung und Praxis Liberale sein müssten. Dieser Kurzschluss des Denkens liegt allen vom Materialismus beeinflussten Theorien nahe, wird aber, neben anderen, von den deutschen Erfahrungen widerlegt. Hier waren, wie schon angedeutet, die tradi-

¹⁾ Manuel Saitzew, Horizontal und Vertikal im Wandel der letzten Jahrzehnte. Kieler Vorträge, Nr. 19, S. 23, Jena, 1927.

²⁾ Chas. Rickenbacher, Die schweizerische Qualitäts- und Standortsindustrie, S. 46, Weinfelden 1923. — J. Steiger, Trusts und Kartelle im Auslande und in der Schweiz, Zürich 1917. — Nichts ist bezeichnender für den Hass jedes echten Liberalen gegen Monopolisierung als die Forderung Carl Hiltys nach Zuchthausstrafe für die «Freibeuterei» und «Räuberei» der «Verteuerung notwendiger Lebensmittel» durch Trusts und Kartelle. Vgl. Politisches Jahrbuch der Schweiz, S. 573 ff., 1903.

tionalen Mächte aus vorkapitalistischer Zeit so stark geblieben, dass sie nicht etwa den wirtschaftsrationalen Tendenzen wichen, sondern diese vielmehr aus ihrer Richtung abzulenken vermochten. Zunächst liess schon der im gesamten Bürgertum herrschende Wunsch, sich den Lebensformen und Anschauungen der massgebenden militärischen, bürokratischen und adligen Schichten anzugleichen, wenn nicht gar in diesen aufzugehen (das Reserveoffiziers- und Kommerziensratsideal) eine auch nur einigermaßen geschlossene bürgerlich-liberal-kapitalistische Mentalität nicht aufkommen. Sodann waren allen Tendenzen, die diesem politisch herrschenden vorkapitalistischen Regime entgegengerichtet waren — ob nun liberal oder sozialistisch eingestellt — das Rückgrat gebrochen: sie hatten keine politische Entscheidungsmöglichkeit. Schliesslich aber vermochte der stark gebliebene Staat der Privatwirtschaft mannigfache Verdienstmöglichkeiten zu bieten und sie schon dadurch in seinen Nexus einzubeziehen (Staatslieferungen, Rüstungsindustrie, Subventionen, Unterstützung in Übersee usw.).

Aus allen diesen — hier notgedrungen nur ganz summarisch angedeuteten — Wurzeln ergab sich eine Haltung gerade des mittleren und kleinen deutschen Bürgertums, die, zuweilen von hohem idealen Schwung getragen, bereit war, zugunsten nationaler Machtziele seine wirtschaftlichen Interessen hintanzusetzen, ja, die sogar gewohnt war, diese seine wirtschaftlichen Notwendigkeiten gar nicht erst ins Bewusstsein zu heben und zu diskutieren, wenn ihnen von autoritativer Seite her Erfordernisse der «Staatsraison» entgegengestellt wurden. Eine Haltung, deren Bedeutung auch in der Gegenwart kaum zu überschätzen sein wird und die Max Scheler¹⁾ einmal (zustimmend) mit dem Ausdruck «Gesinnungsmilitarismus» belegte und als spezifisch deutsch kennzeichnete.

Nur auf dieser Grundlage ist auch die Nachkriegspolitik der deutschen Republik — und ihr Zusammenbruch — zu verstehen. Denn sie behielt in allem Wesentlichen die angedeutete Stellung gegenüber Grosslandwirtschaft und Schwerindustrie bei. Hier vollendete sich die Ausschaltung der kapitalistischen Grundbedingung des freien Marktes, als auf der einen Seite die politische Bestimmung der Löhne unter dem Einfluss der Gewerkschaften und auf der anderen Seite die Verhinderung eigener Kapitalbildung und der Entzug der Wirtschaftssubstanz durch die politisch bedingten einseitigen Reparationszahlungen mit all ihren Folgeerscheinungen hinzukamen. All dies führte einen Zustand herbei, in dem «die öffentliche Hand vor dem Kriege knapp ein Drittel, nach dem Kriege etwa die Hälfte des Volkseinkommens unmittelbar kontrollierte²⁾».

Daneben zeichnet sich heute eine weitere Linie klar ab, die auch für diejenigen unverkennbar ist, die wie ich geneigt sind, die Kraft materieller Motive in der Politik nicht zu überschätzen: In der Massendemokratie, wie sie durch die

¹⁾ Max Scheler, *Nation und Weltanschauung*. Schriften zur Soziologie und Weltanschauungslehre, S. 117 ff., Leipzig 1923.

²⁾ «Das deutsche Volkseinkommen vor und nach dem Kriege.» Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt. Nr. 24 der Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, S. 136, Berlin 1932. — G. Stolper meinte schon vor drei Jahren mit Recht, «dass heute der grössere Teil unseres Volkseinkommens politisch beeinflusst oder politisch dirigiert wird». («Kapitalbildung und Steuersystem». Veröffentlichungen der Fr.-List-Gesellschaft, 3. Bd., S. 391, Berlin 1930).

«Weimarer» Republik wenigstens dem Programm nach verwirklicht war, lag der Besitz bei sehr wenigen, die politische Bestimmungsmacht aber bei den vielen. Den Trägern und Teilhabern der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation wurde eine dieser konforme politische Gestaltungsmöglichkeit vorenthalten vor dem Weltkrieg durch vorkapitalistische, nunmehr durch — in Marxscher Konzeption — nachkapitalistische Mächte. Allerdings verlor diese Situation — die schon der Alldruck des alten Liberalismus gewesen war — angesichts der «oligarchischen Tendenzen» (R. Michels) der politischen Realität viel von ihrem Schrecken für die Besitzenden. Niemand unter den Verantwortlichen dachte mehr ernsthaft an eine umfassende Sozialisierung. Aber es ist keine Frage, dass die Rentabilität und die Möglichkeit der Kapitalneubildung durch die unter Gewerkschaftseinflüssen stehende staatlich gelenkte Lohnbildung ernsthaft geschmälert wurde. (Diese Tatsache besteht unabhängig davon, wie man ihre allgemein-wirtschaftlichen Folgen beurteilt). Gewisse Kreise des Unternehmertums — «die neue Feudalität» nannte sie M. J. Bonn ¹⁾ — (nicht etwa die deutschen Kapitalisten!) sind dadurch nicht nur entschieden in die antidemokratische Front getrieben worden, sondern sie haben sich auch nachdrücklich materiell für die Herbeiführung eines Regimes eingesetzt, von dem sie die Ausschaltung der zeitweise überwiegenden Einflüsse des Arbeitnertums bei der Lohnbildung und in der Sozialpolitik und darüber hinaus eine Überbrückung der sie beunruhigenden Diskrepanz zwischen wirtschaftlichem Besitz und politischer Macht erwarteten.

Daraus folgen aber natürlich keine «dem Kapitalismus» immanenten politischen Tendenzen. Durch besondere geschichtliche Voraussetzungen war hier eine soziale und politische Situation gegeben, die in anderen Ländern nicht besteht oder deren Herausbildung doch verhindert werden könnte. Die eben angedeutete Lage war in erster Linie herbeigeführt durch den Ausfall des mittleren und kleinen Besitzes. Die Zerreibung der mittelständischen Schichten in Deutschland war jedoch keineswegs Folge der kapitalistischen Entwicklung, sondern gerade rein politischer Katastrophen, die zugleich den Kapitalismus in seinen Grundfesten bedrohten. Nichtsdestoweniger machten sie das enteignete und deklassierte Mittel- und Kleinbürgertum, das in seiner Lebenshaltung grossenteils hinter das Proletariat zurückgeworfen wurde²⁾, stimmungsmässig antikapitalistisch und radikalisierten es politisch. Nun verhinderten allerdings irrationale Momente, dass diese Schichten sich der Sozialdemokratie oder gar dem Kommunismus anschlossen: sowohl die Überzeugung, dorthin nicht zu «gehören», weil man eigentlich etwas «Besseres» sei, wie auch die materialistischen und klassenkämpferischen Ideologien dieser Parteien, die, wenigstens in der Theorie dogmatisch gewahrt, nicht geeignet waren, diese Hemmungen zu überwinden. Dadurch wurden diese Kreise, die in ihrer politischen Schulung und wirtschaftlichen Denkfähigkeit im allgemeinen weit hinter den gehobenen Schichten der Sozialdemokratie zurückstanden, fast zwangsläufig in eine stimmungsmässig antikapitalistische, aber völlig unklare Ideologie hineingetrieben, die ihren besonderen Bedürfnissen durch die

¹⁾ M. J. Bonn, Das Schicksal des deutschen Kapitalismus, 2. Aufl., Berlin 1930.

²⁾ Vgl. E. Grünberg, Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft, Leipzig 1932. — R. Küstermeyer, Die Mittelschichten und ihr politischer Weg, Potsdam 1933.

Betonung des Nationalismus und Antisemitismus entgegenkam, sie in ihrem praktischen Vollzug aber an die Seite des grossindustriellen und grossagrarischen Besitzstandes stellte und zu dessen politischem Material machte.

Das Schicksal der deutschen Demokratie war damit besiegelt: denn unter einem demokratischen Regime waren diese Schichten auch hier ausschlaggebend. Sie benutzten diese ihre demokratische Macht, um auf sie vorbehaltlos zu verzichten. Keineswegs ist dadurch aber der Kapitalismus in Deutschland gerettet. Denn einmal sind die nunmehr vielleicht einflussreicheren grossindustriellen und grossagrarischen Kreise weit davon entfernt, in dem gegebenen politisch bestimmten Rahmen den Notwendigkeiten des reinen Kapitalismus zur Verwirklichung zu verhelfen. Sodann aber wird es früher oder später unumgänglich sein, den Wünschen der eigentumslosen Massen nach materieller Sicherung durch irgendwelche organisatorischen (voraussichtlich «korporativen») Neubildungen entgegenzukommen, welche natürlich — wenn sie überhaupt eine Bedeutung haben sollen — nur eine weitere Reglementierung des Wirtschaftslebens mit sich bringen können.

Sofern man unter Kapitalismus mehr als eine rein privatwirtschaftliche Rechnungsart versteht, sofern man darunter eine bestimmte Verfassung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens überhaupt begreift, muss man feststellen: Die gegenwärtige Realität hat mit Kapitalismus nichts mehr zu tun. Ihre bestimmenden Kräfte sind sämtlich und fast gleichmässig weit davon entfernt, kapitalistische Notwendigkeiten zu vertreten.

V.

Mit all dem soll natürlich nicht etwa behauptet werden, dass die «Grundproblematik» des Kapitalismus nur in Deutschland aufzuweisen wäre oder dass seine fundamentale Bedrohung dort allein ihre Wurzeln hätte. Die relativ eingehende Behandlung der deutschen Situation rechtfertigt sich in diesem Zusammenhang vielmehr gerade dadurch, dass diese die hier zu erörternden Züge aus bestimmten eigenartigen Gründen zwar besonders ausgeprägt aufweist, dass sie aber eben dadurch nur repräsentativ den Werdegang des Kapitalismus in der Gegenwart überhaupt verdeutlicht. Deshalb erschien es mir unerlässlich, hier eindringlich auf sie hinzuweisen. Darüber dürfen wir aber natürlich nicht vergessen, von dieser Basis aus zu erwägen, inwiefern sich hier erkannte Tendenzen im Weltraum auswirken. Es ist keine Frage und bedarf keiner besonderen Entschuldigung, dass der hier in Betracht zu ziehende ungeheure Fragenkomplex im Rahmen eines kurzen Aufsatzes nur in allergrösster Skizzierung umrissen werden kann ¹⁾.

Schon um 1880 herum begann der allgemeine Rückfall der europäischen Kontinentalstaaten in den Protektionismus. Jedes Land versuchte in seiner offiziellen Begründung diesen Schritt als Notwehr gegenüber den vorher errich-

¹⁾ Es kann ja überhaupt nicht Aufgabe dieser knapp bemessenen Studie sein, anhand wirtschaftspolitischer Darlegungen zu beweisen — sondern es kann nur behelfsmässig auf besonders auffällige wirtschaftspolitische Tatbestände als auf Symptome hingewiesen werden.

teten Schutzzollmauern der anderen zu rechtfertigen — wie es auch heute noch geschieht und wie es übrigens schon Bismarck getan hatte. «Die Regel bei solchen Vorfällen ist diese: Während die Menschen dahin streben, dass sie selbst nichts zu fürchten brauchen, beginnen sie anderen Furcht einzuflößen und fügen jenen die Unbill zu, die sie von sich abwehren wollen, als ob es notwendig wäre, entweder zu beleidigen oder beleidigt zu werden¹⁾»; eine Regel, die in der Handelsebene so wie in der Rüstungspolitik gilt. Der schweizerische Bundesrat erklärte in seiner Botschaft zum neuen Zolltarif von 1891: «Umgeben von Grossstaaten mit ausnahmslos schutzzöllnerischer Gesetzgebung wird die Schweiz Schritt für Schritt zu Massnahmen gezwungen, welche mit ihren freihändlerischen Traditionen nicht mehr übereinstimmen, und Prinzipien, denen vor einem Dezennium die Mehrzahl der schweizerischen Bevölkerung gehuldigt hat, haben der Macht der Verhältnisse und dem Trieb der Selbsterhaltung weichen müssen²⁾.»

Im allgemeinen beschränkte sich der Protektionismus der Vorkriegszeit allerdings auf nicht prohibitive Schutzzölle und administrative Begünstigungen, die einen internationalen Wettbewerb nicht von vornherein ausschlossen. Infolgedessen blieb der kapitalistischen Initiative auf allen Gebieten genügend Raum, um in dieser Periode eine in der Weltgeschichte beispiellose Intensivierung der wirtschaftlichen Verflechtung im Weltraum herbeizuführen.

Auch der Weltkrieg mit seinen rein materiellen Folgen wäre vom Kapitalismus überwunden worden — ungefähr ebenso, wie die scheinbar hoffnungslos verwüsteten Gebiete gleichsam zusehends wieder aufgebaut wurden —, wenn man ihm die Möglichkeit gelassen hätte, seine Kräfte frei zu entfalten. Man tat das Gegenteil. Man überhäufte ihn für eine fast unabsehbare Zukunft mit ausschliesslich politisch bedingten und begründeten Lasten in Form von Reparationen. Der in höchster Blüte stehende Nationalismus aller der Nationalitäten, denen der Friedensschluss zu einem eigenen Staat verholfen hatte, glaubte den Wirtschaftsverkehr in die furchtbar eng gewordenen Zollgrenzen einzwängen und eine Weltwirtschaft in miniature mit dem zivilisatorischen Status des 20. Jahrhunderts in ihren Duodezgebieten künstlich, gleichsam in Brutapparaten «erziehen» zu können. Der Apparat, der zur Erreichung eines solchen ebenso irrationalen wie irrealen Zieles aufgebaut wurde, gestaltete sich immer vielfältiger und komplizierter und erstickte zwangsläufig jede freie Initiative, jede Kalkulationsmöglichkeit auf längere Sicht und jeden Verkehr über die Grenzen hinweg wie ein Oktopus in seinen zahllosen Armen. Das umfassende System langfristiger Handelsverträge und die Meistbegünstigungsklausel fielen dem Willen zur aussenpolitischen Ungebundenheit der Regierungen zum Opfer. Das unabwendbare Verhängnis jeder Schutzzollpolitik wirkte sich im vollen Masse aus: Man verursacht durch sie künstliche Rentabilitätsverschiebungen unter den einzelnen Gewerbezweigen und damit Überkapitalisierung der durch den Schutz geförderten Unternehmungen. Diese sind damit nicht nur auf dauernden Schutz, sondern auch auf zusätzliche

¹⁾ Macchiavelli, «Discorsi», lib. I, chap. 46.

²⁾ Dieser Tarif war zuerst «nach ausländischem, speziell deutschem Muster auf dem System des solidarischen Schutzes aufgebaut». Vgl. N. Reichesberg, Betrachtungen über die schweizerische Handelspolitik in Vergangenheit und Zukunft, S. 17, Bern 1918.

Unterstützung in jeder Krise angewiesen. Damit nicht genug, erheben alle Wirtschaftsgruppen, die sich dadurch in irgendeiner Weise benachteiligt fühlen — und wer wäre das nicht? —, den Anspruch auf entsprechende Förderung: der Sturz in den Solidarschutz wird unvermeidlich. Durch die Absperrung des ausländischen Wettbewerbes ermöglicht man Inlands- wie internationale Kartelle, engt den Kreis etwaiger Aussenseiter ein und fördert damit monopolistische Preisbildung, die im reinen Kapitalismus im grossen und ganzen so gut wie ausgeschlossen ist (worauf nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden kann). Auf dieser Basis ist überhaupt erst Dumping möglich¹⁾, das nun seinerseits als Reaktion und zur Abwehr neue Zölle, Kartelle und Dumping — der «Angegriffenen» hervorruft. Kurz, eine allgemeine Besteuerung der Konsumenten und zusätzliche Belastung der direkten Steuerzahler greift immer mehr Platz.

Bewusst soll in diesem Zusammenhang nicht die Frage berührt — geschweige denn beantwortet — werden, wie weit im Kapitalismus selbst vorgebildete Entwicklungstendenzen — so etwa: dem einzelnen unübersehbare Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen, Anwachsen des fixen Kapitals (Schmalenbach)²⁾, Konzentration der Unternehmungen, Kartellierung (Marbach)³⁾ — zu einem Strukturwandel und einer zwangsläufigen Fortbildung in der Richtung einer Planwirtschaft wirken. Ohne weiteres zuzugeben ist, dass solche Kräfte wirken. Ein Versuch, den Grad ihrer Wirksamkeit abzuschätzen, würde uns vom eigentlichen Thema abführen. Es soll hier ja nur eine — meines Erachtens allerdings ausschlaggebende — Komponente aufgewiesen werden; und das ist der zweifellos ausserhalb der innerkapitalistischen «Gesetzmässigkeit» oder auch nur Folgerichtigkeit liegende Komplex politisch-irrational bedingter Eingriffe in den Marktmechanismus im weitesten Sinne.

Fest steht jedenfalls: grundsätzlich bedroht ist der Kapitalismus weder von einer unvermeidlichen Überproduktion noch von einem Versagen der Rohstoffquellen, noch von einem Aufhören des technischen Fortschrittes her⁴⁾. Der letztere ist vielmehr in den vergangenen beiden Jahrzehnten so stark gewesen, dass er jedes Aufhören der räumlichen Ausdehnung überkompensiert.

Muss man noch hinzufügen, dass und warum die einbrechende Wirtschaftskrise in einem derart allgemein gehemmten Apparat nicht diejenigen Reaktionen selbsttätig auslösen konnte, die normalerweise zu der relativ schnellsten und am wenigsten schmerzhaften Überwindung der Stockung und zu einer Ankurbelung des Anstieges führen müssen? Der Marktautomatismus und damit die Grundvoraussetzung kapitalistischen Wirtschaftens ist ja ausgeschaltet. Zu der latenten

¹⁾ «Das Dumping beruht... einerseits auf den Gefälligkeitshochschutzzöllen und andererseits auf der Preisbildung der Kartelle.» Fritz Marbach, Kartelle, Trusts und Sozialwirtschaft, S. 298, Bern 1932. — Wobei nicht vergessen werden sollte, dass im allgemeinen Kartelle sich wiederum auf der Voraussetzung der Schutzzölle gründen. Vgl. dazu auch H. Ritschl, Die Krise des Kapitalismus. «Vergangenheit und Gegenwart», 23. Jahrgang, Nr. 1, S. 11 ff., 1933

²⁾ E. Schmalenbach, Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung. Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 22. Jahrgang, 1928.

³⁾ F. Marbach, a. a. O., S. 146, 155, 228.

⁴⁾ Dies behaupten z. B. Sombart (auf der Zürcher Tagung des Vereins für Sozialpolitik, a. a. O.) und Ferdinand Fried, Das Ende des Kapitalismus, S. 23, Jena 1931.

strukturellen Krise mindestens seit dem Weltkrieg ist eine verschärfte konjunkturelle Krise hinzugetreten. Es handelt sich dabei in Wahrheit nicht um eine Krise des Kapitalismus, sondern um eine Krise des Interventionismus, der den Kapitalismus vernichtet hat, ohne ihn ersetzen zu können.

Wir sind weit von einer allgemeinen Erkenntnis dieser Sachlage entfernt. Die wirtschaftliche Depression hat die Verwirrung auf den Höhepunkt gebracht und den Zusammenbruch des ökonomischen Gebäudes jedem augenfällig herbeigeführt. Manipulierte Währungen und damit manipulierte Preise, Hemmungen der Kapitalübertragungen, Kontingentierungs- und Kompensationsverfahren (ein unmittelbarer Rückfall in die Denkweise und die Praktiken des Merkantilismus) sind die Errungenschaften, die uns dieser Zustand zusätzlich geschenkt hat. Unwirtschaftliche Lokalisierung der Produktionsstätten, unwirtschaftliche Placierung der Kapitalien, unwirtschaftliche Verteilung der menschlichen Arbeitskräfte sind die Ergebnisse. Entgegen aller furchtbaren und noch so handgreiflichen Erfahrung wird schon wieder ganz offen die Devaluation der Währungen, ja die Inflation als Heilmittel proklamiert. Die Geistesverfassung des Merkantilismus ist neu geboren: «Aus allen Ansichten und Vorschlägen lässt sich der Geist der prästabilierten Disharmonie als mitschwingender Unterton heraushören¹⁾.» Alle wirtschaftlichen Dispositionen sind abhängig geworden von der jeweiligen unberechenbaren politischen Konstellation des Augenblickes.

Die allerdings ausserordentlich grosse Elastizität und Plastizität der kapitalistischen Wirtschaftsordnung findet ihre Grenze dort, wo ihre Grundvoraussetzung ausgeschaltet ist: weitestmögliche Zurückdrängung des universalen Tatbestandes der Knappheit wirtschaftlicher Güter mittels umfassender und d. h. höchstspezialisierter, insbesondere regionaler Arbeitsteilung. Diese Ausschaltung aber ist gegeben durch eine prinzipielle Beschränkung der ökonomischen Zirkulation auf durch politische Faktoren geschaffene, nationale — und d. h. wirtschaftlich zufällige und keinesfalls wirtschaftlich optimale — Räume. Autarkie und jede ihr angenäherte staatlich gelenkte Planwirtschaft ist nur im Rahmen einer in sich geschlossenen, vom Kapitalismus wesensverschiedenen Wirtschaftsordnung realisierbar und bedingt Verzicht auf die jenem eigenen Resultate. Auf diesen — wenngleich bereits fühlbar geschmälerten — Resultaten beruht jedoch der zahlenmässige Umfang, der zivilisatorische Zustand und der Lebensstandard grosser Teile der heutigen Menschheit²⁾.

All dies liesse dennoch Hoffnungen übrig, wenn es sich hierbei um sachliche Gegensätze und damit um Probleme handelte, die durch vernünftige Erörterung abzuklären und durch Verhandlungen zu lösen wären. Auf dieser Voraussetzung fussen alle Konferenzen. Sie scheitern alle, weil sie nicht erfüllt ist. Der Kapi-

¹⁾ Fritz Karl Mann, *Der Marschall Vauban und die Volkswirtschaftslehre des Absolutismus*, S. 369, München-Leipzig 1914.

²⁾ Der Nachweis, dass die freie Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt praktischer Realisierbarkeit den maximalen wirtschaftlichen Ertrag gewährt, ist hier natürlich auch nicht andeutungsweise möglich. Ich muss dazu auf meinen Aufsatz «Wirtschaft und Politik im „reinen Kapitalismus“», in *Schmollers Jahrbuch*, 57. Jahrgang, Nr. 2, 1933, und die dort angeführte Literatur verweisen.

talismus geht nicht an sich und durch sich zugrunde, sondern — von ihm aus gesehen — an der Unzulänglichkeit der Menschen. Die Zersetzung des kapitalistischen Bewusstseins und Selbstvertrauens schreitet immer rascher vorwärts ¹⁾. Das Entscheidende ist das sich immer weiter ausbreitende und immer unverblümt zeigende Unvermögen, sich zu wirtschaftlich-rationalen Gedankengängen zu zwingen — geschweige denn aus ihren Ergebnissen praktische Folgerungen zu ziehen. Immer wieder begnügt man sich damit und gefällt sich darin, die Unterordnung wirtschaftlicher Rücksichten unter «ideelle» zu proklamieren — ohne gleichzeitig zu sagen, wie man sich den unvermeidlichen, sehr konkreten Wirkungen solcher Stellungnahme gegenüber zu verhalten gedenkt. Die Missachtung der praktischen Vernunft und die Herrschaft des politischen Impulses gibt der Gegenwart ihr Gepräge.

Die Ideen der freien Wirtschaft stiessen auf einen Komplex von naturalen, traditionellen und emotionalen Vorstellungen, von «Residuen» (Pareto). Diese waren in den einzelnen Ländern verschieden stark und verkörperten sich in sehr unterschiedlichen sozialen Gestaltungen. Der Kapitalismus vermochte wohl, diese Residuen zeit- und stellenweise zu erschüttern, aber nicht endgültig und umfassend aufzulösen. In ihnen stellte sich ihm ein Block des menschlichen seelisch-geistigen Seins entgegen, welcher sich als stark genug erwies, ihn abzulenken und zu zersetzen. Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, diesen Vorgang im einzelnen zu verfolgen; wir müssen vielmehr im folgenden noch versuchen, unsere Aufmerksamkeit auf seine Ursachen, soweit sie nicht ganz an der Oberfläche liegen, zu konzentrieren.

VI.

Entgegen der heute so überwiegend zum Ausdruck gebrachten Überzeugung, der Kapitalismus habe sich wirtschaftlich selbst ad absurdum geführt, wird hier also der Standpunkt vertreten, die Entwicklung habe deutlich gezeigt, dass die Anforderungen, die der Kapitalismus an das Verhalten des Menschen stellt, von diesem nicht erfüllt werden können — und dass er letztlich daran scheitert.

Denn der Kapitalismus als Sozialverfassung — in diesem weiten und hier nicht nur berechtigten, sondern allein angemessenen Rahmen muss man ihn in diesem Zusammenhang sehen — stellt an den Menschen die Forderung der unbedingten und vorbehaltlosen Einordnung in ein lückenloses Gefüge der Rationalität, d. h. der Sachlichkeit, der Rechenhaftigkeit, des Kalküls, und verlangt damit von ihm den Verzicht auf alle gefühlsmässigen Entscheidungen in den wesentlichen Fragen der Lebensgestaltung. Nicht nur, dass er alle uralten, von zahllosen Generationen geformten und mit seelischem Gehalt erfüllten Ge-

¹⁾ Selbst J. M. Keynes, der schon vor Jahren zustimmend «das Ende des Laissez-faire» festgestellt hat, erklärt jetzt bezeichnenderweise («Nationale Selbstgenügsamkeit», Schmollers Jahrbuch, 57. Jahrgang, Nr. 4, S. 77, 1933): «Meine geistige Blickrichtung ist eine andere geworden; ich teile diese Änderung der geistigen Einstellung mit manchen andern. Zum Teil sind in der Tat meine Voraussetzungen der ökonomischen Theorie modifiziert worden... Ich bin nicht überzeugt, dass die wirtschaftlichen Vorteile der internationalen Arbeitsteilung heute noch irgendwie mit den früheren vergleichbar sind» (S. 80).

meinschaften aushöhlt und ihnen den lebendigen Inhalt nimmt; dass er den so seelisch isolierten, «atomisierten» Menschen keinen Ersatz für diese verlorenen Bindungen bieten kann: darüber hinaus legt er diesen Menschen eine fortwährende Labilität aller Lebensumstände auf. Er verlangt von ihnen andauernde Bereitschaft zur Umstellung ihrer Lebenshaltung, unermüdliche Dispositionsfähigkeit und -willigkeit über alle Teile und Umstände ihrer und ihrer Familie Existenz. Sie müssen z. B. ständig bereit sein, wirtschaftliche Aussichten an den Orten und in den Ländern — gleichviel, wo — wahrzunehmen, in denen sie jeweils am günstigsten erscheinen, ohne Rücksicht auf ausserwirtschaftliche, persönliche, familiäre, gefühlsmässige Bindungen. Denn der Mensch ist in einen rücksichtslosen Kampf hineingestellt, aus dem eine Auslese der Tüchtigen und Erfolgreichen automatisch hervorgeht.

Der vom Kapitalismus ergriffene Mensch des 19. Jahrhunderts erwies sich in seinen repräsentativen Figuren diesen Anforderungen im allgemeinen gewachsen. Jene ganze Zeitspanne ist dadurch gekennzeichnet: ganze Erdteile wurden durch Unternehmernaturen erschlossen und durch Massenauswanderung zum Teil besiedelt und in den kapitalistischen Nexus einbezogen. Der amerikanische Farmer, der seinen Wohnwagen in Etappen immer weiter westwärts bewegte und der sich so grundlegend von allen europäischen Bauerntypen der Gegenwart unterschieden hat, ist dafür bezeichnend gewesen. Der Mensch des vorgeschrittenen 20. Jahrhunderts, besonders der Nachkriegszeit, verschliesst sich diesen Anforderungen. Niemand will in Krisenzeiten in Einkommensenkungen willigen. Die englischen Arbeitslosen sind durch noch so grosse Aussichtslosigkeit, jemals wieder in der Heimat einen Beruf auszuüben, und trotz staatlicher Propaganda und Beihilfe nicht zur Auswanderung zu bewegen ¹⁾. Autarkiebestrebungen — die Zuflucht der Schwachen — erwachsen überall aus der Furcht, «zu billig» versorgt zu werden — anstatt dass solche Möglichkeiten, wie es im Kapitalismus sein soll, als Anstoss zum neuen Aufschwung begierig ausgewertet würden.

Dazu tritt in gewissen Ländern, insbesondere Mitteleuropas, eine rapide Auflösung des bürgerlichen Bewusstseins, der bürgerlichen Mentalität und des bürgerlichen Lebensstiles ²⁾, als Folge der Katastrophen des verlorenen Weltkrieges, der Revolution und der Inflation. Hierin zumal ist der in jenen Ländern allgemein beobachtete Verfall des Nachwuchses der Unternehmertypen beschlossen. Alle diejenigen Menschen werden seltener, deren Wesen gekennzeichnet ist durch den Willen zur Selbstverantwortung und zum Selbstrisiko. (Dies ist ja die positive Seite des allzu oft allein hervorgehobenen vermeintlich skrupellosen Erfolgstrebens.) Statt dessen äussert sich immer lauter die Sehnsucht nach Wiedererrichtung der

¹⁾ Vgl. z. B. André Siegfried, *La crise en Angleterre*. Deutsche Ausgabe, S. 110, 130, Berlin 1931.

²⁾ Prägnante Zeugnisse dafür sind die Stimmen der «jungen» (grossenteils selbst aus dem Bürgertum hervorgegangenen) Generation in Deutschland, besonders soweit sie einen «heroischen Realismus» predigen, wie etwa Ernst Jünger. (Vgl. hauptsächlich dessen Buch «Der Arbeiter», Hamburg 1932.) — M. H. Boehm («Der Bürger im Kreuzfeuer», S. 61, Göttingen, 1933) zitiert einen Anhänger Jüngers: «Mit einem Schläpfer und einer Grammophonplatte kann man heute einen Hausstand begründen.» Es sind dieselben Menschen, die meinen, mit Stahlruten einen Staat begründen zu können.

die «auskömmliche Nahrung» gewährleistenden Zunft in Gestalt des Korporationensystems, über dem sich der «totale Staat» in mystische Höhen hinauf wölben soll.

Allein, es wäre unvollständig, hörte man — wie es heute so oft geschieht — allein auf diese Rufe nach Sicherung und nach neuen Bindungen, und vergässe man darüber, auch auf die anscheinend unvermeidlichen weiteren Folgeerscheinungen dieser Flucht aus dem kalt-rationalisierten Aufsichselbstgestelltsein hinzuweisen.

Vor nahezu zwanzig Jahren hatte Max Scheler geschrieben ¹⁾: «Der Kapitalismus ist an erster Stelle kein ökonomisches System der Besitzverteilung, sondern ein ganzes Lebens- und Kultursystem. Dieses System ist entsprungen aus den Zielsetzungen und Wertschätzungen eines bestimmten biopsychischen Typus Mensch, . . . des Bourgeois . . . So ist auch nur dadurch und in dem Masse ein Niedergang des Kapitalismus zu hoffen, als eben dieser Typus Mensch seine Herrschaft verliert . . . Ein solcher Vorgang ist aber durch das bloss numerische Anwachsen des Proletariats als ökonomische Klasseneinheit schon darum niemals zu erwarten, da der Klassengeist des „Proletariats“ selbst nur eine bestimmte Abwandlung des Ethos jenes Typus darstellt.» Das traf damals zu. Inzwischen aber hat sich, wenn nicht alle Anzeichen trügen, eine tiefgehende Wandlung angebahnt. Das kapitalistisch-bürgerliche Erwerbsideal verliert fortschreitend an Expansionskraft — und mit ihm, aus den gleichen Gründen, weil eben innerlich mit ihm verbunden, die Klassenparole des Proletariats in ihrer Marxschen Prägung. Damit sterben aber die Stimulantien der kapitalistischen Wirtschaftsweise und Gesellschaftsverfassung ab.

Durch die Anforderung der Rationalität hat der Kapitalismus die in ihn eingespannten Menschen in ihrer grossen Mehrzahl zweifellos domestiziert (d. h. in ein «Stalldasein» gebracht) und sie damit fast zwangsläufig des Willens zur eigenwilligen Selbstgestaltung ihres Daseins entledigt. Darauf reagiert — auf längere Sicht gesehen — dieser Mensch durch eine um so stärkere Betonung des Irrationalen — aber nunmehr im kollektiven Rahmen. Die Möglichkeit und die Berechtigung legitimer Affekte im Alltag ist ihm in diesem Raume des universalen Kompromisses genommen. Die kapitalistische Gesellschaft kennt in ihrer idealtypisch reinen Ausprägung ja nur wirtschaftliche Chancen, über die der anonyme Markt und die automatische Auslese der Fähigkeiten entscheidet. Jetzt wird das Unberechenbare, das Unerklärliche angebetet. Eine allgemeine Sucht nach Sensationen, nach den Reizen des Exorbitanten, Monströsen macht sich zunächst im privaten Bereich bemerkbar: im Sport, in der popularisierten Technik, in der Verehrung von Wundertätern auf allen Gebieten — alles in der Form des Rekordes, der «noch nie dagewesenen» Leistung. Darüber hinaus aber geht jede individuelle Geformtheit des irgendwie doch einmaligen Menschen unter im Herdenideal, in der Situation des triebhaft in die Masse gedrängten Herdenmenschen, der beherrscht sein will und der die Verantwortung für die Lenkung seines Schicksals und das seines Staates vorbehaltlos delegiert hat an eine un-

¹⁾ Max Scheler, Die Zukunft des Kapitalismus. In: Abhandlungen und Aufsätze, 2. Band, S. 383, 385, Leipzig 1915.

kontrollierbare und unumschränkte Instanz: den «Führer» bzw. die Clique, welche jeweils die angeblich von diesem gefällten Entscheidungen beeinflusst.

Der eigentliche Raum, in dem sich diese Reaktionserscheinungen konzentrieren, ist also die Politik. Denn schon ohnedies ist sie das gegebene Feld des Irrationalen — so wie die Wirtschaft das des Rationalen ist —, und sodann liegt es affektiv getriebenen — und d. h. primitiv gewordenen — Menschen stets nahe, von einer überwältigenden politischen Tat die «schlagartige» Überwindung aller sie bedrängenden Nöte zu erwarten. Keinen Augenblick lang dürfen wir deren Schwere übersehen. Aber wir müssen dabei auch stets beachten, dass aus der praktischen materiellen Problematik der aktuellen Lage allein oder vorzugsweise auch nicht annähernd befriedigend die Art, Richtung und Intensität jener Reaktion zu verstehen wäre ¹⁾. Während der Kapitalismus politische Abstinenz der in ihn Eingespannten fordert, ist nunmehr politischer Radikalismus, der seinen wirklichen «Zweck» letztlich in sich selbst findet, ist Hypertrophie der politischen Leidenschaften zu einem universalen Ersatzmittel der in Massen aus ihrem Gleichgewicht geworfenen Seelen geworden. Diese Politik beherrscht das öffentliche und private Leben fast uneingeschränkt (der Ruf «Politique d'abord!» der Action Française) und ist aus einem Mittel, einem Instrument zur Verfolgung bestimmter Zwecke, das sie normalerweise sein sollte, zum Selbstzweck geworden. Von überwältigenden Ressentiments erfüllte Menschenmassen stehen in schroffster Feindseligkeit einander gegenüber, zu konkretem Vernichtungskampf bereit ²⁾. Der überspannte Bogen schnell zurück: der domestizierte Mensch wird zeitweise — vielleicht in immer kürzeren Intervallen — zur Bestie. Es ist, als sollte alle Versagung, die Generationen hindurch den Menschen auferlegt war, nun in einem alles überrennenden Drang nach irrationalem Überschwang, nach Hingabe ans Zweck-, Sinn- und daher Grenzenlose wettgemacht werden. Die Literaten und Intellektuellen, die derselben Entwicklung besonders intensiv ausgesetzt waren und sind, «rechtfertigen» diesen Vorgang mit Beifallshymnen und Verherrlichungen des neuen Barbarentums ³⁾. Wie sehr man trotz der zur Parole gewordenen Sehnsucht nach «Gemeinschaft» bei all dem jedem echten Gemeinschaftsleben entfremdet ist, erweist der fast allgemeine Glaube, man könne «neue» Gemeinschaften — selbst religiöser Art! — durch Organisation schaffen ⁴⁾.

¹⁾ Ausführlicheres hierzu und zum folgenden bei R. Behrendt, Politischer Aktivismus, Leipzig 1932, und: Grundsätzliches zur Psychologie des Menschen der Gegenwart. In «Die Tatwelt», 9. Jahrgang, Nr. 3, 1933.

²⁾ Die Theorie der Politik des heute in Deutschland massgebenden Staatsrechtslehrers Carl Schmitt erkennt ganz folgerichtig nur diese Situation als dem Wesen des Politischen entsprechend an. Vgl. Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen. Zuerst 1927, 4. Aufl., Hamburg 1933.

³⁾ Wie Spengler («Jahre der Entscheidung», a. a. O. 157, 131): «Dies Barbarentum ist das, was ich starke Rasse nenne, das Ewig-Kriegerische im Typus des Raubtieres Mensch... Es ist nur dort erstorben, wo der Pazifismus der späten Städte seinen Schlamm über die Generationen wälzt... Die Zeit selbst ist radikal. Sie duldet keine Kompromisse... Der Wille zur Mitte ist der greisenhafte Wunsch nach Ruhe um jeden Preis, nach Verschweigerung der Nationen, nach geschichtlicher Abdankung.»

⁴⁾ Diese Darlegungen sind aus der Erfahrung und Analyse der deutschen Situation der letzten Jahre und der Gegenwart erwachsen. Sie sind daher zweifellos aus einem beschränkten

Die Berechtigung, ja die Notwendigkeit, derartiges in einer wirtschaftlichen Problemen gewidmeter Arbeit zu erörtern, erweist sich durch die weitere Überlegung: Von diesen Triebkräften ist der Kapitalismus aus den Angeln gehoben worden. Durch sie ist somit die Möglichkeit, die lebenden Menschenmassen in der heute gegebenen, durch ihn erst ermöglichten Quantität und zivilisatorischen Qualität weiter zu erhalten, gefährdet. Selbst für diejenigen, die an die Realisierbarkeit einer sozialistischen Planwirtschaft glauben, ist damit ein ungeheures Problem gegeben. Denn der affektive Gegenschlag der Massen richtet sich ja nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern gegen alles Wirtschaftliche, verstandesmäßig Bestimmte und Geordnete überhaupt — und er erstrebt deshalb auch nicht irgendwie zielbewusst eine umfassende gemeinwirtschaftliche Neuordnung. Es handelt sich hierbei ja gar nicht um die Alternative Privateigentum — Gemeineigentum oder Erwerbswirtschaft — Bedarfsdeckungswirtschaft, sondern es stehen sich heute — auf das Grundsätzliche reduziert — lediglich wirtschaftliche Vernunft und politische Unvernunft als Fronten gegenüber. Immer deutlicher offenbart sich die Abkehr vom Durchdachten, Abgeklärten, Programmatischen, Bewussten und das Zurücksinken ins Subjektiv-Utopische ¹⁾.

So gesehen, ist die Errichtung einer den Kapitalismus überholenden sozialistischen Ordnung — ihre materielle Realisierbarkeit einmal vorausgesetzt — ebenso bedroht wie dieser selbst. Denn gerade sie nimmt ja die kapitalistische Forderung des Verzichts auf emotionale Lebensgestaltung auf, ja sie überspitzt sie in ihrer sehr weitgehenden Reglementierung noch ganz erheblich. Dies ist der tiefere Grund für den Zusammenbruch des Marxismus in Deutschland. Trotzdem wird dies heute noch sehr wenig erkannt. Der blind wütende Zerstörungsdrang lässt diesen Menschen keine Fähigkeit, ihre Aufmerksamkeit auf einen konkreten Neubau zu konzentrieren, sondern lässt sie sich mit vagen polemischen Schlagworten betäuben ²⁾. Je hoffnungsloser aber das Gebäude der weltwirtschaftlichen

und einseitigen Erfahrungsmaterial geschöpft und vertragen infolgedessen in der oben vorgetragenen Form keine Verallgemeinerung auf die kapitalistischen Länder überhaupt. Ich lasse dahingestellt — und überlasse es dem Urteil vielseitiger Erfahrener —, wie weit wenigstens Ansätze zu einer ähnlichen Entwicklung auch in andern Gebieten des Hochkapitalismus festzustellen sind. Dass bedeutsame Parallelen bzw. Ausstrahlungen bestehen, wird heute kaum jemand mehr verkennen. Deshalb wird man auch unter den gemachten Vorbehalten die Bedeutung der oben skizzierten Erscheinungen sehr hoch veranschlagen müssen.

¹⁾ Selbst Keynes muss zugeben: «Wir haben vorläufig noch keine klare Vorstellung von dem genauen Inhalt unserer Wünsche gewonnen» (a. a. O., S. 86). — Bei Spengler (a. a. O., S. 133) ist die aufschlussreiche These zu finden: «Links ist, was ein Programm hat.» — «Louis Dimier stellt fest, dass kein Mitglied der „Action Française“ sich mit Wirtschaftswissenschaft beschäftigt habe; Charles Maurras habe diese Wissenschaft geradezu gefürchtet.» (W. Frank, a. a. O., S. 624.) Entsprechendes muss man auch vom Nationalsozialismus sagen (wobei der Nachdruck auf «Wissenschaft» zu legen ist).

²⁾ «Man muss einfach ohne Rücksicht auf Grundsätze und hundertfünfzigjährige national-ökonomische Lehrsätze neue Formen des Miteinanderlebens finden.» Ferdinand Fried, Autarkie, S. 127, Jena 1932 (Sperrung von mir). — Ein repräsentativer literarischer Vertreter des radikalen Nationalismus in Deutschland, Friedrich Hielscher («Das Reich», S. 368, 374, Berlin 1931) erklärt: «Wer die Gegenwart schont, verspielt die Zukunft. Man soll den Unternehmern nicht in den Arm fallen, soll die staatliche Misswirtschaft nicht bessern. Man soll die Gegenwart sich selbst überlassen. . . Wer Ratschläge erteilt, die heute handgreiflich ausgeführt

Arbeitsteilung zerstört worden ist, je drängender sich die furchtbaren Folgen auswirken werden, je entschiedener man deshalb notgedrungen über die heutige Planwirtschaft ohne Plan «der Kesselflicker»¹⁾ hinaus sich zum Versuch konstruktiven Denkens wird aufrufen müssen, desto verhängnisvoller wird sich — zu spät — diese Problematik zeigen.

Diese ganze Auffassung setzt voraus, dass die Erwägungen wirtschaftlicher Zweckmässigkeit nicht unbedingt das Handeln der Menschen bestimmen. Und darüber muss man sich allerdings gerade in der Gegenwart ganz klar sein: Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu meinen, das Prinzip der Wirtschaftlichkeit sei notwendig — oder auch nur normalerweise — das das Wirtschaftsleben (geschweige denn die Politik) beherrschende Motiv. Vielleicht konnte man noch vor zwanzig Jahren die Auffassung vertreten, «dass sich in der Gegenwart ein immer weiteres Segment des Geschehens klar herausbildet, innerhalb dessen für die Aktionen . . . die wirtschaftlichen Interessen wirklich entscheiden, innerhalb welcher die materialistische Geschichtsauffassung die einzige sichere Methode zur Erkenntnis des Geschehens bildet²⁾». Heute sollte unter unbefangenen denkenden Menschen eine solche Illusion nicht mehr möglich sein. Bertrand Russell³⁾ hat ganz recht: «Wenn alle Menschen in einem aufgeklärten egoistischen Interesse handelten, wäre die Welt ein Paradies im Vergleich zu dem, was sie ist.»

Es wäre vermessen, zu prophezeien oder von einer anderen Seite her in den Fehler des Materialismus zu verfallen und Zwangsläufigkeiten zu behaupten. Dem geistigen und politischen Ethos bleibe sein volles Recht. Als reiner Tatbestand sollte hier nur dies festgestellt werden: Die Gegenwart lehrt uns — und die Weltgeschichte bestätigt es —, dass der Fähigkeit des Menschen zur vernunftgemässen Beherrschung seines Lebens — insbesondere im sozialen Rahmen — enge Grenzen gezogen sind. Hierin ist die Grundproblematik des Kapitalismus zu sehen — aber auch jeder Wirtschaftsordnung, die seine Erbschaft anzutreten sich anschickt.

werden können, hilft der Gegenwart, die wir zerstören wollen.» — Man beachte aber auch, wie selbst in vermeintlich wissenschaftlichen Erörterungen dieser triebhafte destruktive Drang oft nur ganz unzulänglich verhüllt wird. So etwa, wenn ein Sombart erklärt: «Das Freihandelsystem muss bis auf seine letzten Reste, zu denen ich die verhängnisvolle Meistbegünstigungsklausel rechne, ausgerottet werden» («Die Zukunft des Kapitalismus», S. 41, Berlin 1932) — und wenn er die Zukunft der Welt dafür auf eine «Planwirtschaft» zu stellen empfiehlt, die nach seinen eigenen Vorstellungen weder Autarkie noch «Autarchie», sondern politisierte wirtschaftliche Anarchie sein würde.

¹⁾ E. Böhler, Zur Problematik der freien und gebundenen Wirtschaft. In dieser Zeitschrift, 68. Jahrgang, Nr. 2, S. 168, 1932. Dieser Vortrag ist ein wertvoller Beitrag zu unserem Problem.

²⁾ E. Lederer, Das ökonomische Element und die politische Idee im modernen Parteienwesen. Zeitschrift für Politik, 5. Jahrgang, S. 546, 1912.

³⁾ Bertrand Russell, Wissen und Wahn. Deutsch, S. 59, München 1930.
